



Presseinformation

Nr. 058/2005

Kiel, Donnerstag, 24. Februar 2005

Universitätsklinikum S-H/Rechtsmedizin

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

Ekkehard Klug: „Rechtsmedizin muss an den Standorten Kiel und Lübeck erhalten bleiben“

Für eine Erhaltung der Rechtsmedizin an den Uniklinik-Standorten Kiel und Lübeck hat sich heute der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**, ausgesprochen.

„Ohne eine Präsenz der Rechtsmedizin vor Ort wäre die Aufklärung und Ahndung von Kapitalverbrechen schwer beeinträchtigt“, meinte der FDP-Abgeordnete. Eine Streichung der rechtsmedizinischen Institute wäre nach Auffassung der Liberalen ein gefährliches Signal: „Das Land darf nicht zulassen, dass Straftäter damit rechnen können, ihrem Urteil zu entgehen, weil vor Gericht der wissenschaftliche Beweis nicht mehr geführt werden kann.“ Vielfach komme es auf die rasche Durchführung von Untersuchungen an. Deshalb sei auch eine Verlagerung der Rechtsmedizin an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf kein akzeptabler Weg, meinte Klug.

Der FDP-Politiker kündigte daher eine Initiative seiner Fraktion zur Erhaltung der schleswig-holsteinischen Rechtsmedizin-Standorte Kiel und Lübeck an.

www.fdp-sh.de